

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Oberdeutsche Zeitung. 1841-1843 1841

204 (26.7.1841)

Die Oberdeutsche Zeitung erscheint täglich, und wird in Karlsruhe als Abendblatt ausgegeben. Der jährliche Abonnementspreis beträgt 6 R., wozu bei dem Bezug durch die Post noch die Expeditiongebühren kommen. Man abonnirt in Karlsruhe bei der Expedition des Blattes (H. Braunsche Hofbuchhandlung), für auswärtig bei den betreffenden Postämtern.

Nr. 204.

Oberdeutsche Zeitung.

Die großherzogliche Oberdeutsche Zeitungsexpeditio Karlsruhe hat die Hauptredaction übernommen. Für Frankreich abonnirt man bei Herrn Alexander, Brunnengasse Nr. 28, in Straßburg. Inveralls aller Zeit werden aufgenommen und der Raum einer dreispaltigen Zeitspalt mit 3 fr. (bei dem zweiten und jedem folgenden Abdruck mit 2 fr.) berechnet.

Karlsruhe.

Montag, 26. Juli

1841.

Hannoversche Zustände.

¶ Von der Leine. Die Hannoverische Zeitung vom 13. Juli (Nr. 165) theilt in dem Auszuge der Verhandlungen der Zweiten Kammer die Prohezeiung eines Deputirten aus den Reihen der Opposition mit, welche nur zu sehr in Erfüllung gehen zu sollen scheint. Ein f. g. „zehntes Mitglied“ sagt daselbst, „es sey darauf gefaßt, durch seine Schriftsteller in den Zeitungen verkehrt und verleumdete zu werden.“ Von der Auflösung der allgemeinen Ständeversammlung an bis auf den heutigen Tag haben einige Widersacher der Zweiten Kammer mit einer Ausdauer, die in ihrer Art Bewunderung verdient, Angriffe auf Angriffe, Schmähungen auf Schmähungen gehäuft gegen die Seite der Opposition. Die Leipziger Allgemeine Zeitung und der Hamburger Unparteiische Korrespondent sind die Organe, durch welche diese Anzüglichkeiten unter das Publikum verbreitet werden.

Obgleich einer entgegengesetzten Ansicht zugethan, müssen wir dennoch bekennen, nicht zu Denjenigen zu gehören, die gleich empfindlich berührt werden und sich beleidigt fühlen, wenn Andersdenkende ihre Meinung unumwunden auszusprechen wagen, und ihr Urtheil, oft mit Hintansetzung der Mäßigung, durch Witz und Bitterkeit zu schärfen bemüht sind. Wer in öffentlichen Dingen eine Stimme haben will, muß sich gefallen lassen, daß auch die andere Partei ein freies und dreistes Wort spreche, sey dasselbe auch noch so mangelhaft begründet. Weibliche Männer und empfindsame Weiber, oder Solche, die sich erhaben dünken über den Standpunkt einer jeden politischen Partei, werden es beklagen, daß das Stagniren des öffentlichen Lebens durch einige leidenschaftliche Bewegung beunruhigt wird; stärkere Naturen erblicken darin die Vorzeichen eines lebendigeren Gemeingeistes und die Entwicklungskeime freier politischer Zustände. Deshalb wünschen wir von Herzen, daß, den obigen Worten eines einsichtsvollen Deputirten gemäß, die Anhänger des Staats-Grundgesetzes von 1833 allen Angriffen gegenüber, welchen die Vertreter ihrer Ansichten ausgesetzt werden, ihre Ruhe behaupten, und nicht sofort, als seyen sie im alleinigen Besitze politischer Weisheit, ein Verdammungsurtheil auf die andere Partei werfen mögen. „Weil ich mein Vaterland wahrhaft liebe“, sagt der ältere Pitt, „so wünsche ich, daß man mir meine Fehler aufdecke, wenn auch noch so schonungslos.“

Es ist aber noch ein anderer Grund vorhanden, welcher eine schonende Rücksicht für jene Korrespondenten zur Pflicht macht. Diese ohne Zweifel aufrichtigen Kämpfer befinden sich in einer höchst eigenthümlichen Lage: sie kämpfen gegen so große, fast unüberwindliche Schwierigkeiten an, daß es ihnen wohl nicht verdammt werden darf, wenn sie mitunter die ruhige Fassung aus den Augen verlieren. Die Zweite Kammer zu verteidigen, ist unter den vorliegenden Umständen und bei der vorherrschenden Richtung der öffentlichen Meinung eine Kleinigkeit; — und nun halte man dagegen die zahllosen Schwierigkeiten der Stellung, welche jenem Widerpart zu Theil geworden! Wenn der Einzelne einen Kampf unternimmt gegen das „unerbittliche Schicksal“, so ist das immer ein Verhängniß, welches wohl zum Mitleiden auffordern, aber nie zum Borne reizen sollte.

Eines der vielen gegen die Zweite Kammer gerichteten Vorwürfe möchten wir deshalb besonders gedenken, weil er vielleicht auf den ersten Blick einigen Schein von Wahrheit annehmen könnte, und dennoch bei näherer Betrachtung sich als durchaus grundlos darstellt. Man hat zu wiederholten Malen der Zweiten Kammer Nachsägung des Auslandes vorgeworfen; man hat von einer Kopie des Peel'schen Vertrauensvotums gesprochen; ja man ist in der Verblendung so weit gegangen, das Gleichniß eines französischen Wohlfahrtsausschusses herbeizuziehen. Was das Letztere betrifft, so würde dem Erfinder dieser Phantasie gewiß Nichts willkommener gewesen seyn, als wenn die Zweite Kammer, uneingedenk ihrer Stellung, sich wirklich zu Maßregeln hätte hinsetzen lassen, welche eine Annäherung zu französischen Privilegien enthielten. Es bedarf übrigens solchen plumphen und ungeschickten Invektiven gegenüber kaum eines Beweises, daß die Kammer mit deutschem Sinne und deutschem Tacte gehandelt hat.

Es ist von keinem revolutionären Beschlusse, von keiner Vermanenzklärung, von keiner Erhebung sogenannter Prinzipien über das Recht, oder andern dergleichen Luftspringereien je die Rede gewesen. Der Vergleich mit der Handlungsweise Sir Robert Peel's würde, wenn er begründet wäre, was er nicht ist, an sich die Zweite Kammer in der Achtung des Vaterlandes gewiß nicht herabsetzen. Unter gleichen Voraussetzungen das Beispiel eines stammverwandten und politisch so gebildeten Volkes, wie die Engländer, innerhalb gesetzlicher Schranken nachzuahmen, und dabei einem so kundigen und meisterhaften Staatsmanne, wie Peel, als vorleuchtendem Genies zu folgen, würde Das ohne weiteres ein Mißgriff genannt werden dürfen? Würde Das gescholten werden dürfen in einem Staate, dessen Vorköniglicher beim Wiener Kongreß, die englische Verfassung als ein Muster der Nachahmung anführend, einst die denkwürdigen Worte sprach: „Der König von Großbritannien ist unbestreitbar eben so gut Souverän, als jeder andere Fürst, und weit entfernt, daß die Freiheiten seines Volkes seinen Thron erschüttern sollten, befehlen sie vielmehr dessen Stabilität“ —? In einem Staate, in dessen erster allgemeinen Ständeversammlung (1814) aus fürstlichem Munde die Worte vernommen wurden: daß die Versammlung „den Verus habe, dem Lande Das zu seyn, was das Parlament in Großbritannien: ein hoher Rath der Nation“ —?

Allein ganz abgesehen hiervon, so kann bei den gegenwärtigen Verhältnissen von einer Ausländerei gar nicht die Rede seyn. Gleiche Umstände würden im Gegentheil in England ganz andere Wirkungen gehabt haben. Wer aber die Geschichte unseres Landes kennt, dem wird es nicht in den Sinn kommen, in das alte und urkundliche Recht der Stände zur Beschwerdeführung den leisesten Zweifel zu setzen. Keine der ständischen Freiheiten ist so ehrwürdig durch ihr hohes Alter, und so fest begründet durch ihre häufige Ausübung, als die Freiheit, Beschwerden über die Regierung vor dem Throne niederzulegen. In früherer Zeit gingen die Befugnisse der Stände in dieser Beziehung ungleich weiter. Wir wollen hier nur beispielsweise an das berühmte Grundgesetz, die Lüneburgische Sate (Satzung) aus dem Ende des 14. Jahrhunderts erinnern, von welcher Spittler in seiner Geschichte

sagt, (S. 83.) daß sie tiefer ins Innere der ganzen Verfassung hineingegangen, als die Magna Charta der Engländer. Hierin hatten unter Andern unsere Vorfahren festgesetzt, daß, wenn der Landesherr den Beschwerden gegen seine Diener nicht binnen vier Wochen abhelfen werde, diese vor einem Ausschusse des Landtags selbst vorgeladen und zu Recht stehen sollten. Wurde der Rechtspruch nicht innerhalb vier Wochen erfüllt, so sollten die Güter des Beklagten eingezogen werden.

Später, nachdem diese außerordentlichen Vorrechte der Stände im Laufe der Zeit verdunkelt worden, waren es die Reichsgerichte, bei welchen in bedrängter Lage Hilfe zu suchen und zu finden war. Jetzt, da auch diese untergegangen sind, hat man die alten Rechte selbst noch keineswegs vergessen: sie werden nur in milderer Weise, d. h. ohne gerichtlichen Zwang, durch ein Vertrauensvotum gehandhabt.

Man redet so viel gegen die Anwendung philosophischer Theorien im Staatsrecht, und daran thut man sehr recht. Welche Theorie wäre aber wohl nachtheiliger, als die des Vergessens unserer eigenen Geschichte, wie sie dermalen systematisch angewendet zu werden scheint? — Wenn also die Zweite Kammer sich auf einen so festen deutsch-historischen Boden gestellt hat, so ist es unpasend, den denkwürdigen Adreßentwurf eine „Nachahmung des Auslandes“ zu nennen. Ueberhaupt sollte man, sobald von englischen Einrichtungen, namentlich von den großen Freiheiten dieses Volkes, die Rede ist, niemals vergessen, daß die Wurzeln dazu in germanischem Boden gesucht werden müssen.

Deutschland.

△ **Wien**, 19. Juli. Die Personenfrequenz auf der Wien-Naaber Eisenbahn ist seit Eröffnung derselben fortwährend im Steigen begriffen; sie dürfte wohl die frequenteste auf dem Kontinent seyn. Man kann im Durchschnitt die tägliche Personenanzahl auf 6 — 7000 rechnen; vom 20. Juni bis zum 17. Juli sind im Ganzen 193,674 Passagiere befördert worden. Gestern war unter Leitung der Fürstin Odescalchi zum Westen des Marienhospitals ein großes Fest mit einem Ball in Baden veranstaltet, und die Wagenzüge waren den ganzen Tag über bis spät in die Nacht ununterbrochen in Bewegung. Die gestrige Frequenz der Eisenbahn mag ohne Uebertreibung auf 16 bis 18,000 Personen angeschlagen werden, obwohl eine fast unerträgliche Hitze, welche hier in der Stadt im Schatten 32 Grad und in Baden 36 Grad Reaumur erreichte, Viele abhielt, auch nur einen Schritt aus dem Hause zu thun. Am Nachmittag hatte sich diese Hitze, welche eine unerhörte und beispiellose Erscheinung in unsern klimatischen Annalen ist, sich vollends zu einer wahrhaft afrikanischen Gluthitze gesteigert. Der Himmel war dabei mit einem sahlen Dunstkreis überzogen, welcher jedoch die Mittags eingetretene Sonnenfinsterniß noch leicht bemerken ließ.

△ **Wien**, 20. Juli. Unsere Börse fängt an, sich zu beruhigen. Das neue Anlehen, welches, nach Beseitigung des Hauses Geymüller, mit den Häusern Rothschild, Sina, Arnstein und Cäselas nunmehr abgeschlossen ist, soll größtentheils bereits vergriffen seyn. Die größeren Renner drängen sich, ihre Kapitalien dabei unterzubringen, und das in Folge des Geymüller'schen Falliments eingetretene Mißtrauen des Publikums gegen andere Gesellschäften kommt auf diese Weise dem Staatsanlehen zu Statten. — Bei der Sparkasse hatte der durch den Sturz des Hauses Geymüller erzeugte panische Schrecken einen solchen Andrang zu Rückzahlungen veranlaßt, daß sich die Direktion bewegen fand, eine öffentliche Kundmachung zu erlassen, wonach, anstatt bloß dreimal die Woche, nunmehr jeden Tag die Rückzahlungen geleistet werden. — Sr. kais. Hoh. der Erzherzog Franz Karl und Gemahlin sind am Sonntag auf dem Dampfschiff von Linz hier eingetroffen.

△ **Wien**, 20. Juli. Der abgesetzte Fürst Miloš von Serbien ist in Pesth angekommen, und wird heute Abend mit dem Dampfschiff hier erwartet.

△ **Berlin**, 22. Juli. Die Preussische Staatszeitung meldet unter den amtlichen Nachrichten: „Se. Maj. der König haben geruht, den bisherigen ordentlichen Professor an der Universität in

Erlangen, Dr. Friedrich Rückert, zum ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der hiesigen Universität, unter Beilegung des Titels eines Geheimen Regierungsraths, zu ernennen.“

Auch in Koblenz wurde ein Bankett zu Ehren des Hrn. Ruppenthal veranstaltet. Derselbe äußerte unter Andern, „wie seine Anhänglichkeit an unsere rheinländischen Institutionen noch immer die alte sey, und auch in aller Zukunft unerschütterlich dieselbe bleiben werde, da sie auf der innigsten Ueberzeugung von deren Vortrefflichkeit beruhe; er bemerkte, wie die Einstimmigkeit, welche überall in der Provinz sich zeige, auch dem Ungläubigsten beweisen müsse, daß nicht, wie man wohl zu sagen beliebt habe, nur Advokatengehrei und die Bequemlichkeit einzelner Beamten den Reklamationen für das geltende Recht zu Grunde lägen. Seyen nicht alle Wünsche in Erfüllung gegangen, welche man hegen zu können geglaubt habe, so könne man doch fest vertrauen, daß das Billige sich nicht lange erwarten werde.“ — Der Generallieutenant v. Müßling brachte hierauf einen Toast auf die rheinische Justiz und die Justizbeamten aus, und nach ihm sprach Hr. Justizrath Zeiz im Namen des Advokatenstandes. Er drückte unter Andern den Wunsch und die Hoffnung aus, daß die Reinigung und consequente Fortbildung unserer Institutionen aus ihren eigenthümlichen Prinzipien heraus stets als leitender Grundsatz festgehalten werden, und daß die rheinischen Institutionen recht bald „ihr Versöhnungsfest mit dem innern Staatsrechte Preußens feiern möchten.“ Justiz-Amtmann Neumann aus dem Thale Ehrenbreitstein bemerkte, daß, im Falle Veränderungen in dem Rechtszustande des ostrheinischen Theiles des dortigen Regierungsbezirks notwendig befunden werden sollten, den Bewohnern dieses Landes theils gewiß nichts Erfreulicheres gebracht werden könnte, als das auf der linken Rheinseite geltende Recht, von dessen segensreichen Wirkungen sich Alle so vielfach wie tief zu überzeugen Gelegenheit hätten; viele der achtbarsten Bewohner des Ostrheins hätten sich übrigens auch schon in einer Bittschrift in diesem Sinne ausgesprochen. (Mainz, 3.)

△ **Hannover**, 16. Juli. Das von den Ständen des Jahres 1840 (nicht von den staatsgrundgesetzlichen, sondern der bekannten Minoritätskammer) bewilligte Wilddiebstahls-Gesetz vom 8. Sept. und dessen harter Art. 22 (wonach der Jäger auch auf einen fliehenden Wilddieb zu schließen berechtigt ist) gewinnt immer größere Ausdehnung. Ursprünglich nur auf die wirklich bedrohten Jagdbezirke beabsichtigt, ist jener Art. 22 sofort auf ganze Landdrofthei-Bezirke, und wohl auf mehr, als die Hälfte des Landes, ausgedehnt worden. Kann vergeht nun eine Woche, wo nicht jenes Privilegium, dem Vorbehalte des Gesetzes gemäß, auch Privat-Jagdberechtigten adeligen Standes und ihren Bedienten beigelegt wird. Die traurigen Folgen, größere Gebitterung und vermehrte Menschenopfer, werden nicht ausbleiben. Bis jetzt hat man freilich erst von zwei „glücklich erlegten“ Wilddieben aus dem Amte Wölpe gehört; indes ist es bei den obwaltenden Verhältnissen sehr möglich, daß bereits mehrere solche Fälle vorgekommen sind. Das schon so lange ersehnte Wildschaden-Gesetz, das billig dieser außerordentlichen Straf-Gesetzgebung hätte vorausgehen müssen, wird noch immer vergebens erwartet, und das Wilde, rothes wie schwarzes, nimmt in und außer den herrschaftlichen Gebirgen täglich zu. (Hamb. Korr.)

△ **Frankfurt**, 24. Juli. Wie man nunmehr vernimmt, wird Fürst Metternich am 18. August in unserer Stadt eintreffen, und sodann einen mehrwöchentlichen Aufenthalt auf dem Johannisberg nehmen. Von dem neulichen Umwohlfeyn ist Sr. Durchl. nach den neuesten Nachrichten vollkommen wieder hergestellt. — Der L. preussische Bundestags-Gesandte, Baron Bülow, wird in der Mitte des nächsten Monats hier erwartet. — Der Kurprinz-Mitregent von Hessen verweilt, auf dem Rückwege nach Kassel, in dem nahen Wilhelmshad. Nach übereinstimmenden Mittheilungen hegt der Prinz nunmehr das lebhafteste Interesse für das Eisenbahn-Wesen, und es steht sonach mit Sicherheit zu erwarten, daß die Bahn zwischen Frankfurt und Hanau zu Stande kommt.

(Frankfurter Kurier.) Seit einiger Zeit erheben sich gewisse Stimmen, die nach einem Jenurgerich für Deutschland rufen, und theils direkt, theils indirekt ein solches von dem deutschen Bunde verlangen. Zunächst und hauptsächlich ist es dabei auf die Zeitungen abgesehen, welche man durch die gegenwärtige Jenur noch nicht hinreichend, und, wie außerdem erklärt wird, nicht

„gleichmäßig“ genug beschränkt findet. Wenn man nun den gegenwärtigen Zustand der Tagespresse überblickt, so muß man sich unwillkürlich genöthigt finden, zu fragen, was möglicher Weise wohl eben jetzt ein solches Begehren veranlassen könnte? Die gesammte deutsche Journalistik, ohne Unterschied der Farbe, hat dazu seit langer Zeit nie weniger Anlaß geboten, als eben jetzt, wie Dies wohl von allen Staatsmännern, die sich über die Parteien zu stellen vermögen, anerkannt wird und werden muß. Wer selbst Partei ist oder Partei macht, der wird allerdings immer Klagen über die Gegenseite haben, und, wenn auch nicht allemal offen, doch im Stillen wünschen, daß derselben, wo nicht geradezu Stillschweigen, doch eben nicht viel weniger auferlegt werden möchte; ob aber Regierungen Partei machen können und Partei machen dürfen, bedarf, unseres Erachtens, wohl keiner Untersuchung. Stellen wir uns indessen auf den Standpunkt der deutschen Regierungen im Allgemeinen, so wird wohl eingeräumt werden müssen, daß diejenige Richtung, welche besonders nach der französischen Julirevolution in der Tagespresse heftig hervortrat, und um der öffentlichen Ordnung und Ruhe willen zurückgedrängt werden mußte, durch die ergriffenen Maßregeln, und vielleicht mehr noch durch den gesunden Sinn des deutschen Volkes, entweder gänzlich verschwunden ist, oder wenigstens in den Blättern, welche nicht oder weniger ihr noch anhängen, in so gemäßigter Form sich zeigt, daß jenes Verlangen nach neuen Zensurbeschränkungen von diesem Gesichtspunkte aus eine wahrhafte Absurdität, ja, wir möchten sagen, eine Provokation ist. Wir wollen hier nicht auf Einzelheiten eingehen, aber wir sprechen unsere vollste Ueberzeugung aus, wenn wir sagen, daß selbst die radikalsten deutschen Zeitungen keinen Grund zu neuen Bundesprozeduren bieten. Entschieden, wie wir alle revolutionären Tendenzen in jeder Region der Gesellschaft, wie wir sie im Staat nicht minder als in der Kirche bekämpfen, — entschieden, wie wir nicht weniger dem zähmen, als dem wilden Radikalismus gegenüberstehen, — entschieden, wie wir manchen Blättern einen andern, besseren Geist und Ton, als ihren jetzigen wünschen, und oft genug gegen sie auftreten, so würden wir es doch mindestens für höchst unweismäßig halten, wenn der Deutsche Bund seine Nachvollkommenheit gegen sie in Bewegung setzen wollte; es hieße Das eine Armee gegen einen Krüppel ins Feld schicken. Daß diese Ansicht auch von den deutschen Bundesregierungen ohne Ausnahme getheilt wird, unterliegt nicht dem mindesten Zweifel; ja wir glauben sogar, auch abgesehen von den Regierungen, behaupten zu können, daß unter allen den Stimmen, welche sich jetzt erheben haben, kaum eine einzige seyn dürfte, welche gegen die revolutionäre Richtung in der Presse Bundes-Maßregeln haben möchte, und wir behaupten Dies um so mehr, da die meisten Zeitungsartikel der fraglichen Art eben in den Blättern erschienen sind, die nicht weniger als konservativ sind, sondern bei denen nur der Liberalismus Hand mit der Servilität geht. „Wenn es aber nicht jene Richtung ist, gegen welche man ein Zensurgesetz verlangt, wogegen fordert man es denn?“ — möchte gefragt werden, wenn nicht Fingerzeige genug gegeben worden wären. Gegen die Vertretung der katholischen Sache, gegen die katholische Presse fordert man es. Auf welchem Grunde diese Forderung ruhe, ob dieselbe ohne Verletzung der bundesgesetzlichen kirchlichen Freiheit und Gleichstellung, ohne Verletzung der heiligsten Rechte der großen Mehrzahl der Bevölkerung Deutschlands erfüllt werden könne und dürfe, ob überhaupt Aussicht auf ihre Erfüllung vorhanden sey, Dies werden wir weiter zu erörtern haben.

Niederlande.

Die in Brüssel erscheinende Emancipation berichtet aus Amsterdam: „Als der Großfürst Konstantin, der in diesem Augenblicke die Marineanstalten in Vließingen besichtigt, mit den drei russischen Kriegsschiffen, welche noch im Helder liegen, hier ankam, hatte man das Gerücht verbreitet, dieses Geschwader habe den besondern Auftrag, die Summe von der zweiten Serie der russischen Anleihe, die auf unserm Plage von dem Hause Hope und Komp. ausgegeben worden ist, nach Petersburg zu bringen. Anfangs achtete man nicht sehr auf dieses Gerücht, obgleich es allgemein verbreitet war. Seit mehreren Tagen bringt man nun auf die drei russischen Kriegsschiffe das Geld von der fraglichen Anleihe, und sobald die Ladung geschehen, wird der Großfürst an Bord gehn und sofort nach Petersburg absegeln. Die Ladung besteht in neuen Dukaten, welche das Haus Hope und Komp. in

Utrecht schlagen ließ, mit Ausnahme von 9 Millionen fl. in Silberbarren, welche dieses Haus seit einiger Zeit kaufte, weshalb denn auch der Preis des Silbers momentan um ungefähr 1 Proz. gestiegen ist.“

Spanien.

Madrid, 7. Juli. Außer den Budgets liegen dem Kongresse noch drei andere Gesetzentwürfe vor, deren Ausführung den Grundverhältnissen dieses Landes eine neue Gestalt geben wird: der über Majorate und Fideikomnisse, durch den das in der Epoche von 1820—23 aufgestellte System wieder in Kraft treten soll; der über die Einziehung und Veräußerung sämmtlicher Güter der Weltgeistlichkeit, und endlich der über die Dotirung des Klerus. Diesem letzteren gemäß soll eine besondere Kultussteuer eingeführt werden, zu der alle Steuerverpflichtigten nach Verhältnis ihres Vermögens beizutragen haben. Diese Steuer wird auf 138,932,017 Reales (1 Real = $\frac{1}{20}$ fl.), die für den Kultus und den Unterhalt der Geistlichkeit erforderlichen Kosten dagegen auf 159,802,547 Reales veranschlagt, wobei der sich für letztere ergebende Ausfall durch den Ertrag der Güter der Geistlichkeit gedeckt werden soll. Die Vertheilung dieser Steuer über die einzelnen Provinzen ist den Provinzialdeputationen überlassen. Der Entwurf des Gesetzes, kraft dessen alle Güter, Rechtsansprüche, und ausstehenden Forderungen der Weltgeistlichkeit für Nationalgüter erklärt werden, bestimmt zugleich, daß deren Veräußerung auf dieselbe Weise vor sich gehen soll, wie die der übrigen Nationalgüter.

(Preuß. St. B.)

Franreich.

(Mainzer Zeitung.) Wir ersehen aus einer Ankündigung im Journal des Debats, daß man in Paris neulich einen Wiederabdruck von Börne's Buche: „Mangel, der Franzosenfresser,“ veranstaltet hat. Es ist erstaunlich, wie tölpelhaft sich manche unserer Landsleute im Auslande benehmen. So haben einige nicht Besseres zu thun gewußt, als diese kleine Schrift aufzuwärmen, welche allerdings vor einer Reihe von Jahren die Aufmerksamkeit des Publikums vorübergehend in Anspruch nehmen konnte, der man übrigens die Spuren für Kränklichkeit und sicherhaften Geizigkeit ihres Verfassers auf jeder Seite anmerkt. Man hätte sie daher ruhen lassen sollen, da sie bei der jetzigen Stimmung in Deutschland ohnehin kein Glück mehr machen kann. Dem Manne, welcher im kühlen, moosbewachsenen Grabe auf dem Kirchhofe des Pere Lachaise liegt, hat man jedenfalls einen schlechten Dienst damit gethan. Wenn die Wiederveröffentlichung eine Handlung der Pietät gegen den Verstorbenen seyn sollte, so sind wir unsererseits fest überzeugt, daß er selbst das wieder zu Markte Bringen jenes auf den Augenblick berechneten und aus augenblicklicher Stimmung hervorgegangenen Buches entschieden tadeln würde. Es empört uns der Mangel an Verstand und Nationalgefühl bei den Herausgebern, die doch so viel Schaam hätten haben sollen, im jetzigen Zeitpunkt ein Buch ruhen zu lassen, das gewiß keine nationale Färbung trägt. Der selige Börne, so verneinend, ägend, und zernagend er auch in seiner Kränklichkeit war, hatte doch zu viel patriotische Gesinnung, als daß er den Franzosen Waffen gegen Deutschland in die Hände hätte geben mögen. Ein achtbarer Mann hat einmal die Gesellen, welche den Parisern in Paris unsere Wunden flecken zeigen, zwar nicht wohlklingend, aber sehr bezeichnend Deutsch-Schafel genannt, und hinzugefügt, daß man es der allgemeinen Verachtung preisgeben müsse. Er hat Recht. Uebrigens muß hier noch bemerkt werden, daß ohne den Mißgriff der Regierungen, welche das Buch seiner Zeit verboten, dasselbe längst vergessen und gewiß nicht wieder abgedruckt worden wäre. Bücherverbote nützen zu gar Nichts, wie die Erfahrung hundert- und tausendmal gezeigt hat; sie dienen nur dazu, den Büchern mehr Absatz und Wichtigkeit zu verschaffen.

△ Paris, 21. Juli. Die Bewerbungen des Kabinetts der Tuilerien um ein freundschaftlicheres Verhältnis zu der deutschen Politik haben allem Anscheine nach bereits einen gewissen Erfolg gehabt. Man bemerkt, daß zwischen dem französischen Ministerium und der deutschen Diplomatie seit einiger Zeit ein ungewöhnlich lebendiger und vertrauter Verkehr stattfindet, und man hat Ursache zu glauben, daß beide sich in das vollkommenste Einverständnis über das in Bezug auf Syrien und Kandia zu beobachtende Verfahren gesetzt haben. Die ministerielle Presse versäumt keine Gelegenheit, die Vortheile einer französisch-deutschen Allianz ins Licht zu stellen, in welcher zum Beispiel das heutige Journal des De-

bats die nothwendige Garantie des europäischen Gleichgewichts gegen die Uebergriffe Englands und Rußlands sieht. Das Interesse, welches Frankreich an einer aufrichtigen Befreundung mit Deutschland hat, fängt an, von den heller Sehenden erkannt zu werden, und wenn deren allerdings verhältnißmäßig nur wenige sind, so bilden sie doch wenigstens ein theilweises Gegengewicht gegen die gehässigen Nationalleidenschaften, durch welche wir von Frankreich aus in unserer Sicherheit und in unserer Ehre bedroht werden. — Die Idee eines Zollvereins mit Belgien findet hier bis jetzt nur Stimmen des Beifalls; sollte sie aber früher oder später ihrer Verwirklichung ernstlich entgegen geführt werden, so wird es an heftigen Protestationen, an Klagen und Wehgeschreien gegen dieselbe wahrhaftig nicht fehlen. „Der französische Markt ist zehnmal größer, als der belgische, folglich betrügen wir uns selbst, wenn wir die Befreiung der belgischen Zolllinie als ein Äquivalent für das Aufgeben der unsrigen annehmen; die belgische Industrie produziert mit geringeren Kosten, als die unsrige, folglich muß diese durch die Konkurrenz der erstern zu Grunde gerichtet werden; Ostende und Antwerpen sind zur Versorgung des nördlichen Frankreichs mit ausländischen Waaren bequemer gelegen, als Havre und Bordeaux, folglich wird unser Seehandel dem belgischen aufgeopfert, wenn man die ihn schützenden Privilegien auf den letztern ausdehnt.“ Diese und ähnliche Argumente werden sich mit dem größten Nachdruck gegen den wirklichen Abschluß eines französisch-belgischen Zollverbandes geltend machen, und wenn die dadurch vertretenen Interessen auch nicht mächtig genug seyn sollten, diesen Abschluß auf immer zu verhindern, so werden sie ihn doch jedenfalls bedeutend erschweren. Hätte daher der deutsche Zollverein die Ausnahme Belgiens seinem Vortheile entsprechend, so wäre es gewiß nicht zu spät, diesen Zweck auf den geeigneten Wegen zu verfolgen. — Die in dem gestrigen Journal des Debats veröffentlichte Verteidigungsschrift des Expräsidenten von Toulouse hat in vielen Theilen des Publikums Entrüstung erregt, und überall wenigstens Mißbilligung gefunden. In der That ist es vielleicht noch nicht vorgekommen, weder in dem modernen Frankreich, noch in irgend einem ihm an Bildung und Sitte verwandten Lande, daß ein Mann, der noch gestern ein sehr bedeutendes Staatsamt bekleidete, heute sein Verdauern darüber veröffentlicht, daß ihm nicht die Mittel zu Gebote gestanden haben, „das Blut der Aufrührer zu vergießen, wie es sein Recht und seine Pflicht war.“ Traurigen Nothwendigkeiten dieser Art gehorcht man, wenn sie eintreten, aber man führt sie nicht zweckloser Weise der öffentlichen Einbildungskraft vor; eben so wenig, als man sich ihrer rühmt, wenn sie vorüber sind. Das Manifest des Hrn. Mahul zeugt von einer Taktlosigkeit, von einer Unkenntniß aller höheren Konventionen, welche das laute Verdammungsurtheil der Wahl enthält, durch welche er zum Präsidenten von Toulouse gemacht wurde.

— **Paris, 22. Juli.** Der heutige Moniteur enthält unter mehreren andern Ernennungen zur Pairswürde auch die des Grafen Latour-Maubourg, des diesseitigen Gesandten am römischen Hofe. Die Erhebung zur Pairschaft soll den Grafen für den Verlust seines Gesandtschaftspostens trösten, welcher, zuverlässigen Erkundigungen zufolge, dem Marquis von Dalmatien, Sohn des Marschalls Soult, zugebach ist. — In der jüngsten Zeit war auch wieder die Sage in Umlauf, daß Graf Bresson nach Wien versetzt werden würde. Ich habe unlängst dieses Gerücht bereits erwähnt, und dazu bemerkt, was an der Sache Wahres ist; ich kann heute weiter hinzufügen, daß ein hochgestellter österreichischer Staatsmann, ohne dessen Beirath jene Versetzung des Hrn. Bresson nach Wien sicherlich nicht erfolgen wird, sich offen dahin ausgesprochen hat, daß, was sich für Berlin nicht mehr eigne, auch in Wien nicht an der rechten Stelle seyn würde. — Heute Morgen hat die hiesige österreichische Botschaft einen Kurier über Frankfurt nach Oesterreich expedirt. Derselbe überbringt dem Fürsten Metternich die Nachricht, daß von Seiten Frankreichs die Ratifikation des Londoner Protokolls vom 13. d. M. vollzogen ist.

Rußland.

(Frankfurter Merkur.) Die Düsseldorfer Zeitung will wissen, der Kaiser von Rußland beabsichtige, die beiden polnischen

Kammern, die durch ein kaiserl. Dekret vom 25. Febr. 1832 aufgehoben wurden, wieder nach alten Prinzipien organisiren zu lassen, d. h. dem Lande eine Repräsentativverfassung zu geben. Auch sein Nationalwappen solle Polen wieder erhalten. — Der Ausdruck „alte Prinzipien“ ist sehr unbestimmt; man weiß nicht, soll damit die Konstitution vom 3. Mai 1791, oder die Repräsentativverfassung, welche Kaiser Alexander unterm 27. Nov. 1815 dem Königreiche gab, gemeint seyn, die unter Andern ein eigenes, verantwortliches Ministerium, Unabhängigkeit der Richter, Pressefreiheit, und Landesvertretung mit zwei Kammern, (deren erste auf Lebenszeit erwählte Senatoren, die andere aber 77 von den Provinzen abgeordnete Landboten und 51 städtische Deputirte bildeten.) gewährte. — Wir glauben übrigens, daß obige Nachricht, so wie die in öffentlichen Blättern ausgesprochene Hoffnung, daß ein Mitglied der kaiserl. Familie zum Vizekönig von Polen ernannt werde, frommen Wünschen ihren Ursprung verdankt.

Türkei.

— **Konstantinopel, 8. Juli.** Nach den von dem großherrlichen Abgesandten Nuhis Effendi aus Alexandria eingehenden Berichten legt Mehmed Ali den ernstlichen Willen an den Tag, sich in Allem, mit Ausnahme der Summe des Tributs, den Vorschriften der Pforte zu fügen. Von dem Tribut ist bereits eine rückständige Ratenzahlung erfolgt, welche zu gelegener Stunde kam, denn die Geldverlegenheiten der Pforte gehen ins Unglaubliche. Auch aus Damaskus hat der dortige Pascha endlich ein Quartal der rückständigen Steuern eingeliefert. — Die Angelegenheiten Mehmed Ali's mit der Pforte gestalten sich überhaupt vor der Hand günstig. Auf dem Dampfschiffe Hadshi-Baba ist mit Nuhis Effendi zugleich der Sohn Mehmed Ali's, Said Bey, mit Sarim Bey und großem Gefolge hier eingetroffen. Er brachte von seinem Vater 5 Millionen Piaster für den Sultan, und reiche Geschenke für die Kaiserin Mutter mit, der er auch ein im unterwürfigsten Styl abgefaßtes Schreiben des Vizekönigs überreichte. Sein früherer Einfluß im Palast ist in Folge Dessen in der Wiederkehr begriffen. Wer die türkischen Zustände kennt, wird Dies leicht begreiflich finden. Nach den Berichten aus Alexandria war Said Bey mit Ibrahim Pascha aus Kairo dort eingetroffen gewesen, und hatte sofort diese Friedensmission übernommen. Er wird hier mit großer Auszeichnung behandelt. — Nach den neuesten Meldungen aus Kandia vom 24. Juni hatte sich dort nichts Neues zugetragen; Tahir Pascha war noch immer nicht in der Offensive

Baden.

— **Freiburg, 23. Juli.** An die Sr. Kön. Hoh. dem Großherzog von 103 Gemeinden des Oberlandes überreichte Petition, den Beginn der Vorarbeiten zur Fortsetzung der Eisenbahn an den schwierigsten und zeitraubendsten Stellen (beim Uebergang über die Dreifam und am Schlingener Berg) betreffend, haben sich weitere 33 Gemeinden angeschlossen, so daß bis jetzt 136 Gemeinden dieselbe unterzeichneten. Hierbei ist besonders zu erwähnen, daß sich darunter eine große Anzahl von Gemeinden aus dem Seckreis und dem höhern Schwarzwalde befinden, die in keiner unmittelbaren Berührung mit der Eisenbahn stehen, woraus wohl deutlich hervorgeht, wie allgemein und dringend der Wunsch ist, so bald als möglich in den Besitz einer solchen zu gelangen, indem die Frage sich nun wahrlich nicht mehr dahin stellt, ob, sondern wann das Oberland dieselbe erhalten soll. Denn ob es eine solche erhalten werde, darüber ist die Frage gewiß entschieden, wollte die hohe Regierung dasselbe nicht systematisch zu Grunde richten, was ihr doch gewiß kein Billigdenkender zutrauen wird. Aber das wann ist nun die große Frage, deren Lösung jeder Badener von der Kinzig bis zum Bodensee mit so banger Erwartung entgegensteht, indem jedes längere Zaudern und unberechenbare und unwiederbringliche Nachteile zufügt. (Freib. Z.)

Groß. Hoftheater in Karlsruhe.

Dienstag, den 27. Juli. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement. Zum Vortheil der Sängerin Dem. Pauline Marx: Robert der Teufel, große romantische Oper in 5 Aufzügen, von Meyerbeer. Dem. Pauline Marx, Alice.